

WEITERDENKEN

Beate Küpper

Einwanderungspolitik für die pragmatische Mitte

Einstellungen zu Einwanderung in NRW und politische Handlungsempfehlungen

De facto ist Deutschland ein Einwanderungsland, dies gilt besonders für NRW. Vor allem das Ruhrgebiet zeichnet sich durch eine 200-jährige Geschichte und entsprechend lange Erfahrung mit Einwanderung aus. Dort kann ein Großteil der Bevölkerung über die eigene Familiengeschichte auf eine Einwanderungsbiographie zurückblicken (vor allem aus Polen, der Türkei, Südeuropa, den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und Jugoslawiens). Viele Personen leben zudem in Partnerschaften, Familien, Nachbarschaften, Freundes- und Bekanntenkreisen mit diversen und gemischten Herkunftsbiographien. Die Themen Migration und Integration – und auch „multikulti“ – sind gerade in NRW Alltag und Selbstverständlichkeit, sowohl für jene, die über eine unmittelbare Migrationsgeschichte verfügen, als auch für diejenigen, deren eigene Einwanderungsgeschichte mittlerweile in Vergessenheit geraten ist. Neuankommende werden in etwa mit der Ansage begrüßt: „Tach, setz Dich, nerv nicht, benimm Dich anständig, geh malochen.“ Die Normalität des Lebens in einem Einwanderungsland wird entsprechend wenig gewürdigt (wobei dies sicher einen Teil der Identität gerade im Ruhrgebiet ausmacht). Über die mehrheitlich erfolgreichen Integrationsprozesse werden die Anstrengungen vieler Beteiligten – ob als Eingewanderte oder Alteingesessene, professionell oder ehrenamtlich Tätige oder schlicht als Familienangehörige, Freunde und Nachbarn – kaum wahrgenommen und wertgeschätzt. Zerrissenheit, Heimweh, aber auch neue, hybride Identitäten, (inter-)kulturelle Kompetenzen, sprachliche Vielfalt, innovative, horizonterweiternde Entwicklungen, die den Alltag vieler Menschen mitbestimmen, werden selten explizit thematisiert. Der Blick geht primär auf Herausforderungen und Probleme, die in Migration begründet sind. Oft werden aber auch Fragen, die zunächst einmal nichts damit zu tun haben, irrtümlich oder mutwillig auf Migrant_in-

nen geschoben. Hier kommen Vorurteile ins Spiel, die pauschal ganzen sozialen Gruppen (negative) Eigenschaften unterstellen und sie für Probleme verantwortlich machen.

So wird mittlerweile auch in NRW erfolgreich mit dem Thema Migration Stimmung gemacht. In der „Herzkammer“ NRWs, dem Ruhrgebiet, erreichte die AfD damit zweistellige Ergebnisse, gerade auch in den nördlichen Teilen etlicher Städte, in denen sich Problemlagen ballen (vgl. dazu die FES-Publikation „Umwälzung in der Herzkammer“ von Häusler/Puls/Baleis 2019): Armut, heruntergekommene Infrastruktur, weggesparte kommunale Einrichtungen (Schwimmbäder, Stadtteilbibliotheken), ein hoher Anteil von (oft zu prekären Schichten gehörenden) Migrant_innen und jüngst auch eine überproportional hohe Anzahl von Sammelunterkünften für Geflüchtete, die inzwischen zwar fast alle wieder aufgelöst wurden, deren Bewohner_innen aber aufgrund der billigen Mieten und ggf. auch einer Anbindung an Communities in diesen Stadtgebieten geblieben sind. Ein Konfliktthema sind in einigen Kommunen zudem die sogenannten „Roma-Häuser“, in denen bitterarme Menschen unter oft erbärmlichen Bedingungen leben und sich die Problemlagen zuspitzen. Auch in Schulen und bei Behörden werden Roma als besonders schwierige Gruppe thematisiert, worauf sich verschiedene Communities einigen können. Gleichzeitig ist in vielen dieser Stadtteile in den letzten Jahrzehnten die Lebensqualität gestiegen. Denn hier wohnt auch die untere Mittelschicht, die sich in renovierten (Zechen-)Häusern und Siedlungen ihre kleine Idylle geschaffen hat (einschließlich der inzwischen alteingesessenen migrantischen Teile der Bevölkerung). Sie sehen das Erreichte nun teilweise wieder bedroht und erwarten, dass Konfliktlagen von der Politik gelöst, mindestens aber entschärft werden. Die Bevölkerung in diesen Stadtteilen – ob abgehängt oder Mittelschicht, migrantisch oder nicht-migrantisch – weiß um die kulminierten Herausforderungen vor Ort und sieht nicht ein, weitere tragen zu sollen,



Prof. Dr. Beate Küpper

Dipl.-psych., Professur für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein und Co-Autorin der FES-Mitte-Studie, arbeitet zu den Themen Rechtspopulismus, Vorurteile, Diversity und Integration an der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis.

so eine These, die sich an die nachfolgend skizzierten Befunde anschließt. Zusammengenommen bereitet dies den Boden für den Erfolg von Rechtspopulismus in diesen Quartieren.

Einstellungen zu Migration und Integration in der Bevölkerung in NRW

Faus/Simons (2019) haben im Auftrag der FES eine Studie zu Einstellungen zu Migration und Integration vorgelegt. Grundlage der Studie ist eine standardisierte, repräsentative Bevölkerungsbefragung im Winter 2018 von 3.000 wahlberechtigten Personen, davon 642 Befragte in NRW. Der Kernbefund verweist auf eine grundsätzliche Offenheit gegenüber Zuwanderung in Deutschland, auch gegenüber Geflüchteten ist die Einstellung grundsätzlich positiv.

Auch in NRW wünscht sich gut die Hälfte der Befragten ein weltoffenes Deutschland, begreift Einwanderung als Chance und sieht sie als kulturelle und soziale Bereicherung. Besonders hervorgehoben wird aber die Relevanz für den deutschen Arbeitsmarkt. So meint etwas mehr als Hälfte der Befragten, Deutschland habe sich mit der Aufnahme von Geflüchteten übernommen und solle vorerst keine weiteren aufnehmen. Dies wird allerdings von deren beruflicher Qualifikation abhängig gemacht. So ist die Mehrheit dafür, dass auch eigentlich ausreisepflichtige Geflüchtete bleiben dürfen, wenn es dem deutschen Arbeitsmarkt dienlich ist. Weitaus größer als die Angst vor Konkurrenz ist die Angst vor einer Zunahme des Rechtsextremismus und rassistischer Gewalt. Viele Bürger_innen vermissen allerdings ein klares, planvolles politisches Handeln in Bezug auf Migration/Asyl und Integration.

Faus/Storks identifizieren ihre Befragten anhand ihrer Positionen zu Migration und Integration als „weltoffen“ (NRW 28 %, bundesweit 26 %) „bewegliche Mitte“ (NRW und bundesweit 49 %) und „national orientiert“ (NRW 23 %, bundesweit 25 %). Die drei Gruppen unterscheiden sich nicht nach Alter, Geschlecht oder Stadt/Land-Wohnsitz, wohl aber im Bildungsstatus und Einkommen. Die „national Orientierten“ (im Durchschnitt mit geringerem Einkommen und Bildungsstatus) beurteilen ihre wirtschaftliche Lage negativer, fühlen sich eher abgehängt, machen sich mehr Zukunftssorgen und vermissen häufiger Respekt und Anerkennung für sich sowie insgesamt gesellschaftlichen Zusammenhalt. Migration stellt für sie die dringendste gesellschaftliche Herausforderung dar. Zugleich sprechen sie der Politik die Problemlösungskompetenz in diesem Feld ab. Die Hälfte der Befragten, die zur „beweglichen Mitte“ gezählt werden, sehen das Thema Migration eher pragmatisch und auch nutzenorientiert, z. B. sprechen sich viele von ihnen für einen sog. Spurwechsel aus, der es gut integrierten und qualifizierten Geflüchteten ermöglicht, als Arbeitskräfte im Land zu bleiben. Generell sehen sie Einwanderung mit Blick auf den Fachkräftemangel eher positiv, die Aufnahme von weiteren Geflüchteten lehnen sie aber eher ab. Mit den „national Orientierten“ teilen nicht wenige aus dieser Gruppe Sorgen über steigende Kriminalität, Terror, den Einfluss des Islams und Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt, weniger aber in Bezug auf Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Die „Weltoffenen“ machen sich insgesamt die wenigsten Sorgen und wünschen sich in der großen Mehrheit Deutschland als tolerantes und weltoffenes Land. Das Thema Migration/Flucht/Asyl ist für sie nachrangig hinter Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit.

Einbettung in Befunde anderer Studien

In etlichen anderen repräsentativen Umfragen bestätigt sich die Beobachtung, wonach die Grundhaltung zu Einwanderung und Integration positiver ist als vielleicht gedacht. Viele Menschen sind aber auch nicht generell dafür oder dagegen, sondern haben differenzierte oder ambivalente Einstellungen zum Thema (dazu u. a. die ZuGleich-Studie von Zick/Preuß 2019 für die Stiftung Mercator; der Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt der Bertelsmann Stiftung bzw. das Vielfaltsbarometer der Robert Bosch Stiftung von Arant et al. 2017 bzw. 2019, das Integrationsbarometer des SVR sowie die Leipziger Autoritarismusstudie von Decker/Brähler 2018 und die FES-Mitte-Studie von Zick/Küpper/Berghan 2019, über die unten ausführlicher mit Blick auf NRW berichtet wird).

Gleichzeitig zeichnet sich bei anderen politischen Einstellungen, die mit dem Thema Migration/Integration verknüpft sind, durchaus eine Polarisierung ab, wie sich etwa aus den Befunden der FES-Mitte-Studie zu demokratiefeindlichen, rechtsextremen Einstellungen ablesen lässt. Die große Mehrheit stimmt hier diversen Indikatoren überhaupt nicht zu, beispielsweise der Forderung, eine einzige Partei und ein starker Führer sollen Deutschland regieren. Eine nicht ganz kleine Minderheit stimmt aber deutlich zu. Auch in Bezug auf einige Einstellungen gegenüber Geflüchteten sowie Muslimen/dem Islam oder bei der Einschätzung einer Gefahr „fremder Einflüsse auf unsere Kultur“ zeichnet sich eine solche Polarisierung ab. Dies bedeutet nicht, dass sich die Befragten häufig auf der einen oder anderen Seite positionieren. Es beschreibt aber die mögliche Ansprechbarkeit eines nicht ganz kleinen Teils der Bevölkerung durch rechte Agitation, die laut Verfassungsschutz gerade über die Themen Migration/Asyl/Islam bis in bürgerliche Kreise dringt. Die seit 2016 in Ansätzen erkennbare Orientierung hin zu ambivalenten „teils-teils“ Antworten auch bei hart rechtsextremen Indikatoren unterstreicht die These einer Verschiebung dessen, was im politischen Spektrum als „normal und akzeptabel“ begriffen wird. Hier hat – so eine mögliche Interpretation – der medial und politisch hochgepeitschte Diskurs seine Spuren hinterlassen.

Das Muster der Einstellungen in NRW entspricht weitgehend dem im übrigen Bundesgebiet, mit einigen kleinen, bemerkenswerten Unterschieden (eigene Auswertung der FES-Mitte-Studie 2018/19 für NRW für dieses Papier; ähnlich auch Arant et al. 2019).¹ Insgesamt sind die Bürger_innen in NRW mit wenigen Ausnahmen für Demokratie und auch proeuropäisch. Eine gute Mehrheit vertraut staatlichen Institutionen, allerdings mit viel Luft nach oben. Zugleich machen sich auch in NRW, wie in den übrigen Bundesländern, über ein Drittel der Befragten Sorgen hinsichtlich der Globalisierung der Wirtschaft. Ebenfalls rund ein Drittel der Befragten vertritt in NRW – ähnlich den übrigen Bundesländern – eine illiberale Demokratievorstellung. Hingegen sind die Bürger_innen in NRW gegenüber „Fremden“ (d. h. in diesem Fall Ausländern, Asylsuchenden und Muslimen) positiver eingestellt als andernorts. Nur gegenüber Sinti und Roma bestehen in NRW etwas häufiger Vorbehalte als im restlichen Bundesgebiet. Der Anteil eindeutig rechtspopulistisch eingestellter Bürger_innen liegt in NRW mit

¹ Die Auswertungen für NRW müssen aufgrund der geringen Stichprobengröße (n = 423 Befragte in NRW) mit einer gewissen Zurückhaltung zur Kenntnis genommen werden; erfahrungsgemäß sind die Ergebnisse aber sehr robust und bestätigen sich in den vorangegangenen Studien.

18 % leicht unterhalb des Anteils für Gesamtdeutschland (alle anderen Bundesländer ohne NRW: 22 %; zusammengefasster Index).

Im Hinblick auf Einstellungen potenzieller Wähler_innen der Parteien (vergleiche FES-Mitte-Studie 2018/19) unterscheiden sich potenzielle Wähler_innen der CDU/CSU, der SPD und der FDP in ihren Einstellungen zu den oben genannten Themen insgesamt wenig (ähnlich auch Decker/Brähler 2018). Im Vergleich zu den Wähler_innen von Bd90/Grüne, aber auch zu denen der Linkspartei sind sie etwas weniger progressiv eingestellt, im Vergleich zu den Wähler_innen der AfD deutlich progressiver.² Laut Populismus-Barometer (Verkamp/Merkel 2018) gibt es unter den Wähler_innen der SPD sowohl populistisch wie nicht-populistisch Eingestellte.

Eine interessante und nicht kleine Gruppe ist die der Nicht-Wähler_innen. Eine Analyse der Daten der FES-Mitte-Studien 2014 und 2016 (Küpper 2014/2016) und ein Blick auf die Nicht-Wähler_innen aus der Erhebung 2018/19 legen nahe, dass es der AfD zunächst einmal gelang, hier – wie auch aus dem Wähler_innenpotenzial der anderen Parteien – die fremdenfeindlich Eingestellten für sich zu gewinnen. Ob es tatsächlich eine „Repräsentationslücke“ gibt, in die die AfD gestoßen ist, sei dahin gestellt. Das politikwissenschaftliche Konstrukt der Repräsentationslücke übersieht, dass vorhandene Meinungen von Politik und Medien nicht einfach nur eingesammelt bzw. abgebildet werden, sondern eben auch erst erzeugt und auf Themen (im schlimmsten Fall auf Sündenböcke) gelenkt werden. Die AfD hat in ihren Hochburgen, wie etwa in einigen prekären Stadtteilen im Ruhrgebiet, nicht nur politische Positionen vertreten, sondern war schlicht vor Ort und hat Stimmung gemacht, gerade auch mit den Themen Migration/Asyl/Islam.

Dies geht über die einfache Annahme eines Zusammenhangs zwischen schlechten sozioökonomischen Bedingungen und Wahlerfolgen der AfD hinaus, die sich so auch für das Ruhrgebiet nicht bestätigen lässt (Häusler/Puls/Bareis 2019). (Rechts)populismus bzw. die Ablehnung von (ethnischer/kultureller/religiöser) Vielfalt wird, wenn überhaupt, eher von sozioökonomischen und z. T. regional unterschiedlichen Transformationserfahrungen in der Vergangenheit als von aktuell prekären Bedingungen befördert (u. a. Manow 2018; Arant et al. 2019). Auch Analysen auf der Mikro-Ebene sprechen für den Einfluss von Abstiegsängsten, die unabhängig vom Wohlstandsniveau auftreten, und von gefühlter, nicht zwingend faktischer Benachteiligung gepaart mit dem Gefühl politischer Machtlosigkeit, die sowohl die Ablehnung und Abwertung von Migrant_innen und Asylsuchenden als auch das Misstrauen in die Demokratie befördern (Zick/Küpper/Berghan 2019). Zudem spielt mangelnde Empathie und Intergruppenangst eine Rolle (u. a. Arant et al. 2019). Der Eindruck eines starken Zusammenhalts in der Gesellschaft ist in Regionen mit niedrigem Wohlstand geringer, aber bemerkenswert unabhängig von der Anzahl an Migrant_innen und Ausländer_innen (u. a. Arent et al. 2017 bzw. 2019). Zwischen faktischen Problemlagen und dem Wahlerfolg einer Partei liegt eine Reihe vermittelnder Faktoren, die zum Teil eben auch gezielt in Gang gesetzt werden. Dazu gehört insbesondere das Schüren von Bedrohungs- und Be-

nachteiligungsgefühlen gegenüber (Neu-)Eingewanderten, offene Hetze im Internet und den sozialen Medien, die sehr häufige bis ausschließliche Thematisierung und die ständige Rahmung von Migration als „Problem“ oder gar „Gefahr“, wie dies strategisch Rechtspopulist_innen und die sog. Neue Rechte betreiben.

Handlungsempfehlungen für Politik und Gesellschaft

Migration und Integration pragmatisch thematisieren

In Bezug auf das Themenfeld Migration/Integration scheint es gerade in NRW ratsam, vor allem einen pragmatischen Ton anzuschlagen, ggf. noch stärker arbeitsmarktbezogen zu argumentieren und sich hier vielleicht auch Partner_innen zu suchen, die für dieses Themenfeld und diesen Zugang stehen. Dies sind neben den Gewerkschaften auch die Handwerkskammern und IHKs sowie KMU-Wirtschaftsverbände, die dringend nach Fachkräften suchen. Gleichzeitig empfiehlt sich, das Thema Migration/Integration zusätzlich auch ethisch einzubetten, Gemeinsamkeiten, geteilte Erfahrungen und Herausforderungen anzusprechen, auf Großherzigkeit und Empathie zu setzen, gerade im Ruhrgebiet. Die Vielfalt der Bevölkerung in NRW und gerade im Ruhrgebiet sollte grundsätzlich positiv, aber pragmatisch und mit sehr nahem Bezug zur Lebenswirklichkeit der Menschen angesprochen werden, ganz im Sinne eines alltagstoleranten „leben und leben lassen“ gepaart mit Werten von Hilfsbereitschaft, kollegialer Nachbarschaft und Verlässlichkeit. Das schließt auch ein, Schwierigkeiten, Herausforderungen und Probleme ganz konkret und lebenspraktisch zu thematisieren und entsprechende Lösungen vorzuschlagen, ohne auf Ressentiments und pauschale Vorurteile gegenüber ethnisch/kulturell/religiös/sozialen Minderheiten zurückzugreifen. Eine Strategie der Rückgewinnung populistischer Wähler_innen dürfte eher zu Verlusten auf der weltoffenen, pragmatischen Seite führen. Im Hinblick auf die Werte des Grundgesetzes sowie aus Respekt gegenüber den vielen Menschen in NRW, die selbst eine Einwanderungsgeschichte haben, verbietet sich dies ohnehin.

Personen unabhängig von ihrem Bildungsgrad ernst nehmen, ohne Gegnerschaft zu erzeugen

Um populistischen Tendenzen und einem Anti-Establishment-Diskurs konstruktiv zu begegnen, empfiehlt sich die stärkere Wertschätzung von Nicht-Akademiker_innen im politischen Diskurs. Lebenspraktische Erfahrungen sollten aufgewertet werden. Dabei ist darauf zu achten, keine Gegnerschaft zwischen Personen mit unterschiedlichen Berufs- und Bildungsabschlüssen aufzubauen, sondern die Ergänzung gemeinsamer Lösungsstrategien zu betonen.

Migrantische Bevölkerung gezielt einbinden

Dies passt auch gut zu einer noch stärkeren Ansprache der heterogenen migrantischen Bevölkerung und Organisationen. Auch wenn es in der zweiten und dritten Einwanderergeneration mittlerweile viele erfolgreiche, akademische Karrieren gibt, gehören viele der Zuwanderer zu den Nicht-Akademiker_innen (auch aufgrund vieler zusätzlicher Hürden im Bildungssystem). Insbesondere die Lebenswirklichkeit junger Menschen in NRW ist bereits völlig selbstverständlich kulturell und herkunftsbezogen höchst bunt. Diskurse über fremd-/nicht-fremd-Bewertungen findet diese Gruppe eher irritierend bis unverständlich. Generell ist von einer Vertiefung von „die“- und „wir“-Diskursen abzuraten.

² Dies Aussagen auf die Einstellungen potenzieller Wähler_innen beziehen sich auf Gesamtdeutschland, für eine Sonderauswertung nur für NRW ist die Stichprobe zu klein, um sie nach Parteipräferenz zu differenzieren.

Bürger_innen als Partner_innen ansprechen bei der Gestaltung des Gemeinwesens

Sowohl die „Weltoffenen“ als auch die „bewegliche Mitte“ dürfte in weiten Teilen lieber als ernstzunehmende Partner_innen bei der Gestaltung des Gemeinwesens adressiert werden, weniger als Personen, „um die man sich kümmern muss“. Diese potenziellen Wähler_innen werden von paternalistischem Duktus und einer abwehrenden Haltung politischer Vertreter_innen abgestoßen (also weg von „machen wir schon“, „tun wir doch“, „langsam angehen lassen“, in der Verwaltung verschwinden lassen). Konstruktive Vorschläge im lokalen Raum aus der Zivilgesellschaft und Bürgerschaft sollten von der Politik nicht als Angriff verstanden, sondern aufgegriffen, ausbuchstabiert und bei der Umsetzung partnerschaftlich unterstützt und weitergeführt werden. Rund um die Arbeit mit Geflüchteten ist in Kommunen z. B. sehr vieles an zivilgesellschaftlicher Vernetzung und Initiative auf den Weg gebracht worden, auch wenn inzwischen viel Frustration über mangelnde Unterstützung aus der Politik, nicht nachvollziehbare Entscheidungen und komplizierte und intransparente Bürokratie vorherrscht. Falls es nicht schon zu spät ist, könnten durch eine solche partnerschaftliche Haltung wieder mehr Menschen von der Handlungsfähigkeit der Politik überzeugt werden.

Wie kann eine progressive Politik die Einstellungen der Bevölkerung aufgreifen?

Die Sozialdemokratie hat in letzter Zeit besonders unter einem Rückgang des Wählervertrauens zu leiden. Deutschlandweit und insbesondere in NRW stellt sich die Frage, welche Themen geeignet sind, um Vertrauen in die eigene Politik aufzubauen und Wähler_innen zu überzeugen. Die oben skizzierten Empfehlungen sind im Grunde genommen klassische Ansätze der Sozialdemokratie, allerdings ohne Fokus auf die inzwischen zahlenmäßig klein gewordene und in Teilen abgewanderte Arbeiterschaft. Denn auch in sozial schwachen und oft eben auch migrantischen Milieus sind viele Menschen durchaus pragmatisch und progressiv und brauchen vielleicht Unterstützung, aber kein „Kümmern“. Die wichtigste Zielgruppe sowohl in ihrer absoluten Größenordnung als auch im Hinblick auf Wählerpotenzial ist die „bewegliche Mitte“, die zwar in Teilen auch Ressentiments hat, mit ihrer insgesamt pragmatischen, arbeitsmarktorientierten, „vernunftsprägen“ Grundhaltung der Sozialen Demokratie aber besonders nahe zu sein scheint. Eine nicht ganz einfache, aber zugleich zahlenmäßig bedeutende und aus demokratischem Anspruch heraus wichtige Gruppe sind die bisherigen Nicht-Wähler_innen. Die Analysen empfehlen eine lebensnahe und an den eigenen unmittelbaren Interessen der Lebensgestaltung orientierte, ggf. auch eher sozial- und kulturpädagogische Ansprache im lokalen Raum, z. B. Hilfestellungen im Alltag, deren politische Dimension dann transparent gemacht wird.

Das für die Soziale Demokratie so zentrale Thema der sozialen Gerechtigkeit birgt hingegen ein echtes Dilemma: Die starke Betonung von sozialer Ungleichheit, Benachteiligung und ggf. auch Bedrohung durch die Globalisierung gehört einerseits zum „Markenkern“ und entspricht mitunter der Wahrnehmung vieler Bürger_innen, ist aber zugleich Feld der Populist_innen. Aus der Forschung ist bekannt, dass Wahrnehmungen sozialer Ungerechtigkeit nicht zwingend zu Solidarität mit anderen (und v. a. schwachen Gruppen) führen, sondern in die Verfolgung von Eigeninteressen übersetzt werden. Kapitalistische Auswüchse werden momentan von vielen Bürger_innen kriti-

siert, zugleich fühlt sich aber die große Mehrheit mit ihrer finanziellen Lage (noch) recht zufrieden und zählt sich lieber zu „oben“ als zu „unten“. Die Motivation, selbst an sozialem Status zu gewinnen bzw. den gewonnenen zu verteidigen, verleitet dazu, Benachteiligungen nach unten durchzureichen. Es kommt darauf an, das Thema soziale Gerechtigkeit einschließlich, nicht ausschließend anzusprechen und als Leitlinie einer gemeinsamen Gestaltung der Gesellschaft zu begreifen.

Literatur

- Arant, Regina/Dragulov, Georgi/Boehne, Klaus (2017). Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Bertelsmann Stiftung.
- Arant, Regina/Dragulov, Georgi/Gernig, Björn/Boehne, Klaus unter Mitarbeit von Seppälä, Jonas Anttoni (2019). Zusammenhalt in Vielfalt. Das Vielfaltsbarometer der Robert Bosch Stiftung 2019.
- Decker, Oliver/Schuler, Julia/Brähler, Elmar (2018). Das autoritäre Syndrom heute. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.). Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft (S. 117–156). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Faus, Rainer/Storcks, Simon (2019). Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Häusler, Alexander/Puls, Henrik/Baleis, Janine (2018). Umwälzungen in der Herzkammer. Faktoren- und Kontextanalyse zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Küpper, Beate (2017). Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Einstellungsmuster und politische Präferenz. 2. Aktualisierte Ausgabe. Empirische Sozialforschung, 7, hrsg. von Dietmar Molthagen für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13542.pdf>.
- Manow, Philip (2018). Die politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Vehrkamp, Robert/Merkel, Wolfgang (2018). Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- SVR (2018). Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland. SVR Integrationsbarometer 2018. Berlin.
- Zick, Andreas/Klein, Anna (Hrsg.), Fragile Mitte – Feindselige Zustände (S. 119–138). Berlin: Hrsg. Ralf Melzer für die Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019). Verlorene Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Hrsg. von Franziska Schröter für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz Verlag.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016). Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Hrsg. von Ralf Melzer für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas/Preuß, Madlen (2019). Einstellungen zur Integration in der deutschen Bevölkerung. Dritte Erhebung im Projekt „ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit“. Essen: Stiftung Mercator.

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | **Herausgeber:** Landesbüro NRW, Petra Wilke (V. i. S. d. P.), Godesberger Allee 149, 53175 Bonn | Tel.: 0228 883-7202 | Fax: 0228 883-9208 | landesbuero-nrw@fes.de | www.fes.de/landesbuero-nrw | www.facebook.com/FESNRW | twitter.com/FESNRW | **ISBN:** 978-3-96250-377-2 |

Gestaltung: pellens.de | **Druck:** Druckerei Brandt, Bonn |

Fotos: FES; NRW-Fahne: Yul/fotolia.com; Skyline: Hans-Jürgen Landes; shamm, Tobias Arhelger, Henrik Dolle, [photofranz56](http://photofranz56.com), elxeneize/fotolia.com; Beeldbewerking, AndresGarciaM/istockphoto.com; birdys/photocase.de; Lokilech, Thomas Wolf/Commons wikimedia.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von der Autorin in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

